

26.09.2014

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

in dieser Woche wurde das Gesetzespaket zur Umsetzung der europäischen Bankenunion in den Deutschen Bundestag eingebracht. Mit der Errichtung der Bankenunion verfolgen wir das Ziel, die Währungsunion zu stabilisieren, Fehlanreize im Finanzsektor abzubauen und künftig zu verhindern, dass Verluste einzelner Banken auf die Steuerzahler abgewälzt werden. Mit der Umsetzung der europäischen Bankenabwicklungsrichtlinie werden europaweit Privathaftungsregeln sowie ein brancheninterner Abwicklungsfonds eingeführt. Haftung und Verantwortlichkeit werden dort angesiedelt, wo die Zuständigkeit für die wirtschaftlichen Entscheidungen liegt. Dies entspricht unserem Verständnis von sozialer Marktwirtschaft. Wir wollen das Risiko ausschließen, dass wie in der Finanzmarktkrise Bankenrettungen erst durch Steuerzahler möglich werden.

Ab Januar 2015 sollen bei einer Bankenabwicklung zuerst Eigentümer und Gläubiger unmittelbar finanziell beteiligt werden. Danach kann der europäische Bankenabwicklungsfonds (Single Resolution Fund – SRF) einspringen, der nach deutschem Vorbild mit Mitteln der Banken gefüllt wird. Erst als letztes Mittel, und nur wenn alle übrigen Maßnahmen nicht ausreichen, könnten noch öffentliche Mittel zum Einsatz kommen. Dieser sogenannten Haftungskaskade ist zudem die neue EU-Finanzaufsicht vorangestellt, die europaweit die gleichen strengen Maßstäbe anwendet, starke Eingriffsrechte hat und damit etwaigen Risiken schon frühzeitig entgegenwirkt. Solide Banken sollen zum Markenzeichen Europas werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

THW aus Osterholz-Scharmbeck auf Stippvisite in Berlin

Am Dienstag hatte ich Besuch von der THW-Spitze in Osterholz-Scharmbeck: Bernd Schumacher war zu Besuch. Das THW hatte uns Abgeordnete zu einem Informationsaustausch eingeladen und dieser Einladung bin ich selbstverständlich sehr gerne gefolgt.

Mir liegt die Unterstützung für das THW sehr am Herzen. Nicht zuletzt deshalb habe ich mich bei den letzten parlamentarischen Beratungen für den Bundeshaushalt 2014 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bundesmittel für die freiwilligen Helfer erhöht werden. Knapp 10 Millionen Euro konnten wir mehr bereitstellen als der ursprüngliche Regierungsentwurf vorsah. Mehr Gelder für das Führerschein-Programm, den Selbstbewirtschaftungs-Titel und den Fahrzeug-Erwerb helfen den THW-Ortsverbänden bei ihrer Arbeit.

Bernd Schumacher hat mir in unserem Gespräch bestätigt, dass gerade die Anhebung des Selbstbewirtschaftungs-Titels bei den Ortsverbänden angekommen ist. Es freut mich zu hören, dass das THW in Osterholz-Scharmbeck von den Erhöhungen der Bundesmittel profitiert. Meine Prämisse bei sämtlichen Haushaltsberatungen ist immer, dass das Geld auch dort ankommen muss, wofür es vorgesehen ist.



Verbesserungen beim Elterngeld

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Einführung des Elterngeldes Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sieht eine Präzisierung der Regelungen zum Elterngeldbezug vor.

Zukünftig können Eltern, die früh nach der Geburt wieder beruflich in Teilzeit einsteigen, das Elterngeld Plus doppelt so

lange erhalten wie das Elterngeld. Zudem ist ein Partnerschaftsbonus vorgesehen, der eine zeitweilige gemeinsame Sorge der Eltern für das Kind bei gleichzeitiger reduzierter Berufstätigkeit der Eltern berücksichtigt. Weitere Klarstellungen zu den Möglichkeiten der Streuung der Elternzeitmonate sind ebenfalls Bestandteil des in erster Lesung beratenen Gesetzentwurfes.

Entlastung für Kommunen

In Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz, mit dem Kommunen durch die Übernahme der Eingliederungshilfe für Behinderte durch den Bund ab 2018 entlastet werden sollen, regelt der in erster Lesung diskutierte Gesetzentwurf die im Koalitionsvertrag festgelegte Entlastung der Kommunen um jährlich 1 Mrd. Euro. Diese Entlastung erfolgt über eine Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des ALG II (500 Mio. Euro) und über eine Erhöhung des Kommunalanteils bei der Umsatzsteuerverteilung (500 Mio. Euro).

Ich hoffe, dass diese Entlastung bei uns

auch vom Land Niedersachsen an die Kommunen weitergegeben wird. Hier sind jetzt die kommunalen Spitzenverbände gefordert, darauf zu achten, dass das Geld auch dort ankommt, wofür wir vom Bund es auch ausdrücklich bestimmt haben.

Ebenfalls vorgesehen ist eine Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Mio. Euro und eine Erhöhung des Festbetrags im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder von jeweils 100 Mio. Euro in den Jahren 2017 und 2018.

Denkmalschutz

In dieser Woche habe ich mich mit dem Vorstandsmitglied der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Dr. Wolfgang Illert, getroffen. Das Thema Denkmalschutz liegt mir sehr am Herzen. Ich setze mich im Zuge meiner Tätigkeit im Haushaltsausschuss regelmäßig dafür ein, dass ein Teil der vom Bund für den Denkmalschutz bereitgestellten Gelder für Projekte in meinem Wahlkreis eingesetzt werden. Die von Dr. Illert angeführte Stiftung leistet einen enormen Beitrag zum Erhalt unserer Denkmäler in Deutschland. Sie mobilisieren in mühevoller Kleinarbeit zahlreiche Spenden und finanzieren so

ihre Arbeit. Unter der Schirmherrschaft des jeweiligen Bundespräsidenten bewahren sie zahlreiche Bauten. Dieses Engagement hat mich sehr begeistert und ich habe Dr. Illert meine Unterstützung zugesagt, der Stiftung bei ihrer Arbeit unter die Armen zu greifen.



65. Jahrestag der Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler

Am 15. September 1949 wurde unser erster Fraktionsvorsitzender, Konrad Adenauer, im Alter von 73 Jahren zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die 14 Jahre seiner Amtszeit prägen auch heute noch den Staat und die Gesellschaft, in der wir leben: Durch Adenauers Politik der Westbindung bekannte sich die noch junge Bundesrepublik zum westlichen Wertekonsens. Unser erster Bundeskanzler wirkte darauf hin, dass sich die Völker, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander Krieg geführt hatten, wieder die Hand reichen konnten und hat so maßgeblichen Anteil an der europäischen Integration. Mit der sozialen Marktwirtschaft wurde unter Adenauers Kanzlerschaft sichergestellt, dass die junge Bundesrepublik wirtschaftlich florierte und „Wohlstand für alle“ mehr als ein Buchtitel war. Konrad Adenauer, der bereits dem Druck und der Zersetzung, die der Nationalsozialismus lange Jahre gegen ihn ausübte, widerstand, war unbeirrt und klar in seinem Handeln. Trotz der zuweilen harten Kritik von Zeitgenossen wie Kurt Schumacher, der ihn als einen „Kanzler der Alliierten“ beschimpfte, hat Adenauer nie aus dem Blick verloren, was allein entscheidend für das demokratische Deutschland sein sollte: Die Einheit in Freiheit zu erreichen. Er schlug vergiftete Angebote wie etwa das einer frühen Wiedervereinigung als neutrales Land aus und gab seiner 'rheinischen Republik' einen langen Atem mit – mit dem sie, unter einem weiteren Kanzler der Union, am Ende die Teilung tatsächlich so überwand wie Konrad Adenauer es vor Augen gehabt hatte: Als freies und einiges Land.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range